

Beschluss (vorläufig) Kapitel 6: Solidarität sichern

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 22.11.2020
Tagesordnungspunkt: GSP-S Solidarität sichern

Antragstext

1 **Kapitel 6: Solidarität sichern**

2 **Sicherheitsversprechen**

3 (274) Es braucht ein neues soziales Sicherheitsversprechen. Ein starkes soziales Netz
4 ist

5 die Grundlage für persönliche Entfaltung und gesellschaftlichen Zusammenhalt.
6 Niemand soll

7 unterhalb des Existenzminimums leben müssen. Soziale Politik schafft Teilhabe. Dafür
8 braucht

9 es soziale und inklusive Infrastruktur, Orte des Miteinanders, diskriminierungsfreie
10 Zugänge

11 sowie gleichwertige Lebensverhältnisse. Eine gute Daseinsvorsorge ist Voraussetzung
12 für

13 Zusammenhalt.

14 (275) Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn die sozialen
15 Voraussetzungen

16 nicht beachtet werden. Das Grundgesetz soll deshalb um soziale Grundrechte wie zum
17 Beispiel

18 das Recht auf Wohnen ergänzt werden.

19 (276) Die weitere Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union ist
20 eine

21 Voraussetzung für eine von allen positiv erlebte Freizügigkeit. Die EU braucht daher
22 Investitionen in sozialen Zusammenhalt und Klimaschutz und keine destruktive
23 Sparpolitik.

24 Sie hat die Europäische Union in der Vergangenheit belastet. Deregulierung,
25 Privatisierungen

26 und Kürzungen von Ausgaben für Investitionen und Daseinsvorsorge dürfen keine
27 Bedingungen für

28 Finanzhilfen sein.

18 **Arbeit**

19 (277) Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit mehr als Existenzsicherung. Arbeit -
20 ob in

21 Voll- oder Teilzeit - stiftet Sinn, man gehört dazu, bringt etwas voran. Erwerbsarbeit in
22 Vollzeit muss immer so viel wert sein, dass man davon auskömmlich leben kann.

23 Arbeitsoll

24 sich aber auch stärker am Leben der Menschen ausrichten und nicht das Leben an der
25 Arbeit.

26 So umfasst Arbeit auch Haus-, Sorge- und ehrenamtliche Arbeit, die für eine
27 funktionierende

28 Wirtschaft und Gesellschaft unerlässlich ist. Diese Formen der Arbeit müssen genauso

viel

- 25 Anerkennung erfahren wie Erwerbsarbeit. Sie sollen für niemanden ein Armutsrisiko
oder den
26 Verlust der Unabhängigkeit bedeuten.
- 27 (278) Darüber hinaus braucht es ein starkes Arbeitsrecht. Dazu zählen faire Löhne, ein
28 armutsfester Mindestlohn, Lohngleichheit bei gleicher und gleichwertiger Arbeit, klare
29 Vorgaben zu Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie die Regelung von Arbeitszeiten.
Auch
30 Menschen mit geringer Qualifikation müssen die Möglichkeit haben zu fairen
Bedingungen an
31 unserem Wirtschaftssystem zu partizipieren. Das Arbeitsrecht muss auch in digitalen
32 Arbeitsmodellen und Unternehmen vollständig gelten und gestärkt werden.
- 33 (279) Die Vertretung von Arbeitnehmer*innen-Interessen durch Gewerkschaften,
Betriebsräte
34 und Schwerbehindertenvertretungen muss in allen Unternehmen und Branchen
selbstverständlich
35 sein. Die Sozialpartnerschaft muss auch im Wandel bewahrt und ausgebaut werden.
Für ihre
36 Lebensplanung brauchen Menschen Verlässlichkeit, auch im Erwerbsleben. Dazu
gehören ein
37 effektiver Kündigungsschutz, flexible und gerecht aufgeteilte Elternzeit, faire Tariflöhne
und, als Grundsatz unbefristete Arbeitsverträge. Die Tarifbindung muss gestärkt
38 werden und
39 die öffentliche Hand soll dies bei ihrer Auftragsvergabe berücksichtigen. Dafür braucht
es
40 handlungsfähige Sozialpartner, starke Gewerkschaften ebenso wie verlässliche
41 Arbeitgeberverbände.
- 42 (280) Eine vielfältige Gesellschaft bringt immer vielfältigere Formen der Beschäftigung
und
43 Arbeit hervor, oftmals jenseits einer Festanstellung. Je diverser die Arbeitswelt wird,
44 desto mehr brauchen wir eine soziale Sicherung, die alle Bürger*innen absichert. Um
Solo-
45 Selbstständige zu unterstützen und gleichzeitig in das Sozialsystem einzubinden und
um
46 prekäre Lebensverhältnisse zu verhindern, sollen neue Sicherungsmodelle entwickelt
werden.
47 Solo-Selbstständigen soll der Eintritt in die Gesundheits- und Rentenversicherung
48 erleichtert werden und sie sollen die Möglichkeit haben, sich gegen Arbeitslosigkeit zu
49 versichern. Die Arbeitslosenversicherung soll allen Selbstständigen offenstehen sowie
50 bezahlbar und flexibel ausgestaltet werden. Dabei sollen die besonderen Bedingungen
des
51 jeweiligen Berufsbildes und der gestaffelten Beiträge Auswirkungen sowohl auf den
Anspruch
52 wie auf die Auszahlung der Ersatzleistungen haben. Ebenso bringt ein Zugang
insbesondere für
53 Solo-Selbstständige zu anderen Leistungen der Arbeitsförderung eine höhere soziale
54 Gleichheit.
- 55
56 (281 neu) Der Arbeitsplatz soll ein Ort sein, an dem alle Menschen unabhängig von

57 ihrer
 Herkunft, Religion oder sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität sie selbst
 58 sein können. Durch wirkungsvollen rechtlichen Schutz gilt es sicher zu stellen, dass
 alle
 59 Menschen im Beruf diskriminierungsfrei arbeiten können.
 60 (281) Menschen mit Behinderung, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten
 oder dort
 61 arbeiten möchten, sollen die dafür notwendige Unterstützung erhalten. Menschen mit
 62 Behinderung, die bislang in Werkstätten arbeiten, sollen bessere Möglichkeiten
 bekommen, in
 63 den allgemeinen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu wechseln. Dafür sollen sich
 Werkstätten
 64 weiter öffnen. Als echte Alternativen zu den Werkstätten sollen
 Integrationsunternehmen
 65 ausgebaut werden. Das Ziel ist ein inklusiver Arbeitsmarkt.
 66 (282) Erwerbsarbeit sorgt nicht nur für Einkommen, sondern bedeutet für die
 Menschen auch
 67 gesellschaftliche Teilhabe, soziale Kontakte, Wertschätzung und Anerkennung. Deshalb
 68 brauchen Menschen die lange arbeitslos sind, Chancen und Perspektiven. Sie
 benötigen einen
 69 Sozialen Arbeitsmarkt, der Teilhabe ermöglicht. Dabei müssen Menschen, die
 individuelle
 70 Betreuung und Hilfe brauchen, diese auch erhalten.
 71 (283) Die ökologische Transformation und der digitale Wandel ändern das Wirtschaften
 72 grundlegend, und damit auch die Arbeit und die Arbeitsbedingungen. Die
 Digitalisierung der
 73 Arbeitswelt bietet Chancen und Risiken. Welche Tendenzen sich durchsetzen, ist eine
 Frage
 74 der politischen Gestaltung. Ohne klare Steuerung im Sinne der Beschäftigten erleben
 wir neue
 75 Formen von Ausbeutung, Überforderung und Entfremdung, von Überwachung und
 ständiger
 76 Erreichbarkeit. Doch wenn die Transformation entsprechend politisch organisiert wird,
 bietet
 77 sie große Chancen für mehr Freiheit und Selbstbestimmung. Es gilt, die Möglichkeiten
 der
 78 Digitalisierung zu nutzen, um schwere Tätigkeiten zu erleichtern.
 79 (283) Neben Einkommen ist Zeithaben für viele Menschen ein immer größerer Wert.
 Die
 80 Verfügbarkeit über die eigene Zeit schafft Lebenszufriedenheit. Die Steigerung der
 81 Produktivität soll so genutzt werden, dass Menschen freier und souveräner agieren
 können.
 82 Die Möglichkeit, selbst über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen, gilt es zu stärken.
 83 Gleichzeitig soll durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung Arbeit gerechter verteilt
 84 werden, sodass alle Menschen mehr Zeit für sich selbst, ihre Familien, ihre Hobbys und
 für
 85 gesellschaftliches Engagement haben. Das darf kein Privileg derjenigen bleiben, die es

sich
 86 leisten können. In Zeiten der Erziehung, Pflege und Weiterbildung braucht es eine
 87 solidarische Unterstützung und Förderung. Auch Menschen mit niedrigem Einkommen
 sollen sich
 88 Auszeiten leisten können.

89 (284) Die Veränderung der Arbeitswelt verlangt den Menschen viel ab: Flexibilität,
 90 Umstellung, Anstrengung. Es braucht einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und
 Umschulung,
 91 die solidarisch finanziert werden. Dazu wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu
 einer
 92 Arbeitsversicherung erweitern und die Transformation der Arbeitswelt gerecht und
 93 partizipativ gestalten. Für Menschen, die durch den Strukturwandel ihre Arbeit
 verlieren,
 94 gibt es eine besondere gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Arbeitslosigkeit darf
 nicht
 95 zum Ausschluss vom Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe führen.

96 (285) Mobiles Arbeiten bietet viele Möglichkeiten der selbstbestimmten
 Arbeitsgestaltung und
 97 einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, birgt aber auch die Gefahr der
 98 Doppelbelastung insbesondere für Frauen. Das Recht auf mobiles Arbeiten muss
 gestärkt und
 99 gleichzeitig durch betriebliche Regelungen, Mitbestimmung und einen verbesserten
 100 Arbeitsschutz so gestaltet werden, dass möglichst viele der potentiellen Vorteile
 101 verwirklicht werden können. Das Recht darf nicht zur Pflicht werden und der Anspruch
 auf
 102 einen betrieblichen Arbeitsplatz muss erhalten bleiben

103 (286) Digitalisierung bietet die Möglichkeit für mehr Souveränität und Flexibilität.
 Dafür
 104 ist mehr Mitsprache von Beschäftigten bei Umfang, Art und zeitlicher wie örtlicher
 Lage der
 105 Arbeit nötig. Erwerbsarbeit darf nicht in andere Bereiche übergreifen. Überstunden
 müssen in
 106 allen Bereichen erfasst und abgegolten werden.

107 (287) Menschen, die sich in sozialen und sorgenden Berufen um andere Menschen
 kümmern, sind
 108 das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es fehlt ihnen oft an gesellschaftlicher
 Anerkennung
 109 und guten Arbeitsbedingungen. Das betrifft vor allem Frauen, besonders diejenigen
 mit
 110 tatsächlicher oder zugeschriebener Migrationsgeschichte. Ihre Leistung für das
 Gemeinwesen
 111 muss aufgewertet und besser bezahlt werden. Das umfasst vor allem eine bessere
 finanzielle
 112 Ausstattung von kommunalen Einrichtungen sowie Investitionen in die
 Daseinsvorsorge.

113 (288) Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt und ist eine wichtige Säule
 unserer
 114 Arbeitswelt. Es gewährleistet eine hohe Qualifikation und umfassende

Kompetenzentwicklung.

- 115 Studium und Berufsausbildung in Verbindung mit beruflicher Erfahrung sind
 grundsätzlich
 116 gleichwertig. Die Rechte von Auszubildenden müssen gestärkt werden und es braucht
 mehr
 117 betriebliche Mitbestimmung. Ausbildungen umfassen Arbeit, sie muss gut entlohnt
 werden. Aus-
 118 und Weiterbildung muss inklusiv sein. Sie muss in Teilzeit und modular möglich sein.

119 **Geschlechtergerechtigkeit**

- 120 (289) Noch immer bestehen große ökonomische und soziale Ungleichheiten zwischen
 den
 121 Geschlechtern. Um Gleichberechtigung im Arbeitsleben zu erreichen, ist das Prinzip
 der
 122 gleichen Bezahlung für gleichwertige Arbeit zentral.
- 123 (290) Alleinerziehende, überproportionale oft Mütter, tragen oftmals trotz
 Erwerbsarbeit ein
 124 hohes Armutsrisiko. Deshalb ist hier eine besondere Absicherung und Entlastung durch
 den
 125 Staat notwendig.
- 126 (291) Durch zahlreiche Regelungen im Steuer- und Sozialrecht wird eine ungleiche
 Aufteilung
 127 von Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern gefördert. Statt den Tauschein zu
 fördern,
 128 soll für künftig geschlossene Ehen eine individuelle Besteuerung gelten. Das
 129 Ehegattensplitting soll durch eine gezielte Förderung von Kindern und Familien, in
 ihren
 130 unterschiedlichen Formen, ersetzt werden. Das Steuer-, das Arbeits- und das
 Sozialrecht
 131 müssen auf gleichen Rechten beruhen und geschlechtsneutral wirken. Sie sollen
 stärker an
 132 ökonomischer Unabhängigkeit ausgerichtet werden. Erwerbstätigkeit soll sich für alle
 133 gleichermaßen lohnen.
- 134 (292) Unser gesellschaftliches Zusammenleben und unser wirtschaftlicher Wohlstand
 baut auf
 135 Sorgearbeit auf, die meistens unbezahlt oder unterbezahlt von Frauen geleistet wird.
 Es
 136 gilt, die Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Arbeit gerecht zwischen den
 Geschlechtern
 137 verteilt werden kann. Insbesondere Kinderbetreuung und die Pflege von Angehörigen
 und
 138 Freund*innen sind keine Privatsache, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

139 **Soziale Garantien**

- 140 (293) Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne
 141 Existenzangst. Deswegen überwinden wir Hartz IV und ersetzen es durch eine
 142 Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das
 soziokulturelle

- 143 Existenzminimum. So macht sie Menschen in Zeiten des Wandels stark und eröffnet
 Chancen und
 144 Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben.
- 145 (294) Die Garantiesicherung ist ein individuelles Recht und soll sich an den Prinzipien
 der
 146 Teilhabe- und der Bedarfsgerechtigkeit orientieren und ohne weitere Bedingungen für
 jeden
 147 Menschen gelten, dessen eigene finanzielle Mittel nicht ausreichen. Sie soll
 148 Sicherheit
 149 geben und die konkrete Lebenssituation und den Wohnort berücksichtigen. Ihre
 Inanspruchnahme
 150 darf nicht durch bürokratische Hürden in den Antragsverfahren faktisch verhindert
 werden.
 151 Eigene Erwerbsarbeit muss sich immer lohnen und honoriert werden.
- 152 (295) Existenzsichernde Sozialleistungen sollen Schritt für Schritt zusammengeführt
 und
 153 langfristig soll die Auszahlung in das Steuersystem integriert werden. So schaffen wir
 einen
 154 transparenten und einfachen sozialen Ausgleich. Verdeckte Armut wird überwunden.
 Dabei
 155 orientieren wir uns an der Leitidee eines bedingungslosen Grundeinkommens. Soziale
 156 Sicherungssysteme sollen so gestaltet werden, dass deren Finanzierung möglichst
 krisenfest
 157 ist.
- 158 (296) Die Föderale Europäische Republik ist eine Solidargemeinschaft, in der alle
 159 Bürger*innen die gleichen sozialen Rechte genießen. Dazu muss die Währungsunion
 zunächst um
 160 eine Sozialunion mit starken gemeinsamen Mindeststandards erweitert werden, damit
 die
 161 Schieflage zwischen weitreichenden wirtschaftlichen Freiheiten und wenig
 entwickelten
 162 Arbeits- und Sozialstandards in der EU korrigiert wird. Dafür braucht es gemeinsame
 soziale
 163 Standards, wie etwa zu Mindestlohn, Grundsicherung, sowie eine europaweite
 164 Arbeitslosenrückversicherung. Darauf aufbauend wollen wir gemeinsame Instrumente
 der
 165 Sozialpolitik schaffen.
- 166 (297) Einer Gesellschaft mit hoher Gleichheit geht es fast immer besser als einer
 167 Gesellschaft mit hoher Ungleichheit. Dennoch hat die soziale Ungleichheit
 zugenommen.
 168 Ungleiche Vermögen führen zu ungleichen Einkommen und ungleichen
 Lebenschancen, die sich
 169 über Generationen vererben. Das bedeutet finanzielle Not für viele Menschen, einen
 Verlust
 170 an Zufriedenheit, es treibt die Menschen auseinander und schadet dem friedlichen
 171 Zusammenleben und der wirtschaftlichen Stabilität. Das Steuersystem ist ein
 effektiver
 172 Hebel, um Ungleichheit zu reduzieren. Es braucht eine gleichere Verteilung von
 Einkommen,

- 173 Vermögen, Erbschaften und Chancen und die Verbesserung der öffentlichen
 174 Infrastrukturen, die sozialen Zusammenhalt und Teilhabe schaffen.
- 175 (298) Gerade bei Kindern und Jugendlichen führen eine ungleiche Verteilung von
 176 Einkommen und Vermögen sowie ungleiche Bedingungen je nach Wohnort oder Zugang zum
 177 Bildungssystem zu ungleichen Lebenschancen. Alle Kinder brauchen funktionierende und zugängliche
 178 öffentliche Orte wie Kitas und Schulen oder Sportvereine, Schwimmbäder und Bibliotheken. Kein
 179 Kind in unseren reichen Gesellschaften darf arm oder ein Armutsrisiko für Eltern sein. Jedes
 180 Kind ist gleich viel wert. Das soll über eine Kindergrundsicherung garantiert werden.
 181 Darüber hinaus braucht es eine Gesamtstrategie gegen Kinderarmut, die neben der finanziellen
 182 Absicherung auch Infrastrukturangebote umfasst.
- 183 (299) Es gilt, die soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge in der gesamten
 184 Europäischen Union gemeinsam auszubauen und im Sinne geteilter Gemeingüter zu stärken.
- 185 **Rente**
- 186 (300) Solidarität lebt davon, dass sich alle an ihr beteiligen. Die Sozialversicherungen
 187 sollen deshalb zu Bürgerversicherungen weiterentwickelt werden, so dass alle Menschen vom
 188 Schutz der Sozialversicherungen profitieren und sich entsprechend ihren Einkommen, egal ob
 189 aus selbstständiger Arbeit, Lohn oder Kapitalerträgen, solidarisch beteiligen.
- 190 (301) Das Umlagesystem der Rentenversicherung sichert als Generationenvertrag die
 191 Altersvorsorge und ist weniger krisenanfällig als andere Systeme. Gleichzeitig stehen
 192 Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung durch die strukturelle Alterung der Gesellschaft
 193 vor großen Herausforderungen. Oberste Priorität ist, die Altersarmut zu verhindern und ein
 194 lebensstandardsicherndes Rentenniveau zu erhalten. Langjährig in der gesetzlichen
 195 Rentenversicherung Versicherte dürfen im Alter nicht auf Leistungen der Grundsicherung
 196 angewiesen sein. Bei Menschen, die dennoch eine Aufstockung auf Grundsicherungsniveau
 197 benötigen sollte dies unbürokratisch und würdevoll erfolgen.
- 198 (302) Die Einwanderung von Arbeitskräften, eine steigende Erwerbsbeteiligung von
 199 Frauen sowie eine breitere Solidarität über eine Bürgerversicherung helfen dabei, das
 200 Rentenniveau langfristig abzusichern. Auch die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und das
 201 Vermeiden prekärer Erwerbsbiographien trägt dazu bei, Altersarmut zu vermeiden.

202 (303) Private und betriebliche Altersvorsorge können die gesetzliche Rente sinnvoll
203 ergänzen. Die kapitalgedeckten Säulen der Altersvorsorge sollen künftig öffentlich
204 organisiert und verwaltet werden. Jede*r, die oder der nicht widerspricht, soll sich
darin
205 beteiligen. So wird eine attraktive Rendite auch für Kleinanleger*innen erzielt und alle
206 Menschen werden mit geringem Risiko am Produktivvermögen beteiligt.